

Information, Auseinandersetzung, Diskussion, Kritik – alles das findet heutzutage online statt. Wer etwas zu sagen hat, sagt es – zumindest auch – online. Wer Fragen hat, beantwortet sich diese – zumindest auch – online.

Das Internet ist ein maßgeblicher Kanal der modernen Informationsgesellschaft, um demokratische Werte, Menschenrechte, grundlegende Freiheiten und gesellschaftliche, wie auch politische Themen jedweder Art zu recherchieren, zu hinterfragen und zu kommunizieren.



Dipl.-Jur.
Thomas Gramespacher,
Siegburg

The requested URL/MEINUNGSFREIHEIT.html was not found on this server

Hierbei bereichern und beeinflussen die Onlinedienste die klassischen Medien und die Presse entscheidend. Die Synergie der „Online- und Offlinewelt“ trägt Informationen und Meinungen für jeden ständig erreichbar in unglaublicher Vielfalt und Vielschichtigkeit mit inspirierender Dynamik um die Welt.

Das Web als bevorzugtes, globales „Ausdrucksmittel für politische Dissidenten, Demokratieverfechter, Menschenrechtsverteidiger und unabhängige Journalisten“, so das Europäische Parlament im Juli 2006.

Grenzenlose (Meinungs-)Freiheit! Weltweit? Leider nein! Denn diese Meinungsfreiheit ist keineswegs „schrankenlos gewährleistet“. Insbesondere mit Blick auf Länder mit autoritären Regimes und Regierungen zeigt sich ein ganz anderes Bild.

Die Resolution des Europäischen Parlaments vom 6. 7. 2006 spricht von „Feinden der Meinungsäußerung“ in Bezug auf die Meinungs- und Informationsquelle Internet. Denn das Internet stellt eine „natürliche Bedrohung“ für derartige Staaten und Systeme dar. Die Gefahr, dass die Strukturen dieser Systeme durch demokratisches und autonomes Gedankengut und die Einwirkung freiheitlicher Werte aufgeweicht werden, ist durch ein vielschichtiges und schwer zu berechnendes Medium wie das Internet natürlich evident.

So wachsen nicht nur das Netz und das dort kommunizierte Gedankengut stetig weiter, sondern auch die Anstrengungen derer, die sich durch diese Entwicklung gefährdet sehen, noch effektivere Methoden und Mechanismen zur Kontrolle und Zensur des Internet auszuarbeiten, um die „Hoheit“ über den In- und Output (wieder) zu erlangen und zu sichern. Und wo die Technik nicht ausreicht, wird inhaftiert.

Diese Entwicklung ist nicht nur ein Widerspruch zu der Grundidee, die Ende der 70er

Jahre die Entwicklung des Internet angetrieben hat – der Wissens-, Informations- und Meinungsaustausch ohne Grenzen –, sondern beschneidet vor allem die Werte, die in den freiheitlichen Verfassungen dieser Welt und nicht zuletzt in Art. 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind:

„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art

und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

Wenn Staaten und Wirtschaftsräume intensiver kommunizieren, das Europäische Parlament zu einem umfassenden Recht auf freie Meinungsäußerung im Internet aufruft und sich auch U.S.-amerikanische Gerichte mit überraschendem Nachdruck der umfassenden Gewährleistung der Meinungsfreiheit verpflichtet zeigen, ist es mehr als bedauerlich und kritikwürdig, dass Unternehmen, die die Entwicklung und Gestaltung des Internet maßgeblich mitbestimmen, nachgeben und ihre Technik sowie ihr Know-how zur Durchsetzung derartiger Ziele zur Verfügung stellen. Hier wird offensichtlich einem stärkeren Argument der Vorrang gelassen als der Gewährleistung und Erhaltung eines unserer maßgeblichen Grundwerte.

Es bedarf wohl (wieder einmal) erst spezieller internationaler Initiativen und Regelwerke, um auch bei den großen wirtschaftlichen Partizipanten der Informationsgesellschaft die Erinnerung an deren Werte wieder aufzufrischen. Der US-Gesetzgeber hat daher Anfang 2006 einen Global Online Freedom Act vorgeschlagen, ein Regelwerk zur Regulierung der Tätigkeit von Internetunternehmen, die in repressiven Ländern operieren. Das Europäische Parlament fordert nunmehr die Ausarbeitung eines „Verhaltenskodexes“.

Selbstverständlich finden sich Grenzen der Meinungsfreiheit auch im „Netz der Netze“ dort, wo dessen Möglichkeiten für kriminelle Aktivitäten, für die Verbreitung von Hass und Gewalt, für rassistische Propaganda oder Terrorismus nutzbar gemacht und missbraucht werden. Dies bedarf keiner Erklärung.

Dem (objektiven) Betrachter aber stellt sich die Frage, ob (nun auch die) Meinungsfreiheit im Internet durch derartige Entwicklungen nicht endgültig zu einem Rechnungsposten wird – in einem ökonomischen Kalkül!

Hier wird offensichtlich einem stärkeren Argument der Vorrang gelassen als der Gewährleistung und Erhaltung einer unserer maßgeblichen Grundwerte